



19. Sitzung (Doppelsitzung) des Gemeinderates (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 1. Dezember 2008, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin
Anwesend:	39 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Matthias Maag EVP
Protokoll:	Toni Spitale, Sekretär
Stimmzähler:	Jürg Zimmermann, Bereich rechts, FDP und Bürotisch Patric Crivelli, SVP Stefanie Huber, Bereich links
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 18. Sitzung des Gemeinderates vom 6. Oktober 2008
3. Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) betreffend Abbruch von historischen Gebäuden im Stettbach / Beantwortung (Gesch. Nr. 161 / 2008)
4. Ersatzwahl eines Stimmzählers für das Büro Gemeinderat sowie eines Mitglieds der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL) ab 1.1.2009 (Gesch. Nr. 189 / 2008)
5. Wahl des neuen Ratssekretärs ab 1.1.2009
6. Voranschlag 2009 / Genehmigung (Gesch. Nr. 184 / 2008)
7. 9 Bürgerrechtsgesuche
- 7.1 Taurian Pietro und Gina Ernesta geborene Vador, italienische Staatsangehörige, Lerchenweg 5, Dübendorf (Gesch. Nr. 146 / 2008)



- 7.2 Bednar Marcela geborene Zajoncova, tschechische Staatsangehörige, Riedweg 4, Dübendorf (Gesch. Nr. 156 / 2008)
- 7.3 Petkovic Stanislav, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, Leepüntstrasse 20, Dübendorf (Gesch. Nr. 162 / 2008)
- 7.4 Bajraktari Brahim sowie ein Kind, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Oskar-Bider-Strasse 35, Dübendorf (Gesch. Nr. 167 / 2008)
- 7.5 Vural Ayla geborene Akar, türkische Staatsangehörige, In Huebwiesen 12, Dübendorf (Gesch. Nr. 163 / 2008)
- 7.6 Zulali Argetim und drei Kinder, mazedonische Staatsangehörige, Überlandstrasse 45, Dübendorf (Gesch. Nr. 169 / 2008)
- 7.7 Joksimovic Snezana geborene Marinkovic und drei Kinder, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, Am Stadtrand 31, Dübendorf (Gesch. Nr. 170 / 2008)
- 7.8 Khoushgo Malayari Abdolreza, iranischer Staatsangehöriger, Eglshölzliweg 3, Dübendorf (Gesch. Nr. 171 / 2008)
- 7.9 Yerligül Hamit und ein Kind, türkische Staatsangehörige, Rotbuchstrasse 40, Dübendorf (Gesch. Nr. 172 / 2008)

1. Mitteilungen

- Neue Ratsmitglieder und neuer Sekretär

Die Ratspräsidentin teilt mit, dass der Stadtrat folgende zwei Neumitglieder für den Gemeinderat ab 1. Januar 2009 bestimmt hat: Für die CVP: Anna Hermann, für die FDP: Rolf Biggel. Eine kurze Verabschiedung der austretenden Mitglieder findet nach dem offiziellen Sitzungsteil statt. Ferner teilt die Präsidentin mit, dass der neue Ratssekretär, nach erfolgter Wahl gemäss Traktandum 5, vorne am Bürotisch Platz nehmen wird.

- Rekurs gegen Ablehnung der Einbürgerung von Fadik Temel

Fadik Temel, deren Einbürgerungsgesuch vom Gemeinderat am 6. Oktober 2008 abgelehnt wurde, hat beim Bezirksrat Rekurs eingereicht.

- Nächste Sitzung

Die Gemeinderatssitzung vom 5. Januar 2009 fällt aus.



Thomas Maier verliest eine Fraktionserklärung der GEU zur Änderung des Anflugregimes auf den Flughafen Kloten:

„Vorletzte Woche zeichnete sich übers Wochenende eine Schlechtwetterlage ab – offenbar waren die Wetterprognosen so einzigartig seit den letzten 60 Jahren, dass Unique sich Südanflüge am Tag genehmigen liess. Die GEU Dübendorf protestiert vehement gegen solche „Ausnahmebewilligungen“ – auch wenn sie zumindest vorerst noch nicht zum Zuge kamen. Schon bei der Ausweitung der Nachtflüge während der EURO 08 haben wir gewarnt vor der Salamtaktik von Unique zusammen mit der Zürcher Regierung, welche einzig und allein eine schleichende Kapazitätsmaximierung am Flughafen Kloten als Ziel haben. Oft wurde Besserung und ein Ernstnehmen der Sorgen der Bevölkerung versprochen. Und heute? Da lernen wir Grünliberalen vor allem eines: Unique und Regierungsrat missbrauchen den drohenden Klimawandel, den sie selber mit unbeschränktem Wachstum in Kauf nehmen. Denn heute gibt es offenbar nie dagewesene Schneestürme in der Schweiz, die solche Massen an Schnee bringen und Windgeschwindigkeiten aus Richtungen, wie überhaupt noch nie in der Geschichte der Schweiz der letzten 60 Jahre, dass der Flughafen sogar am Tag von Süden angefolgt werden muss. Bitte entschuldigen Sie die direkte Wortwahl: Diese Argumentation ist noch scheinheilliger und dümmer als bei der EURO 08, um schleichend alle möglichen Arten der Kapazitätssteigerung am Flughafen Kloten zu testen – ohne dass es jemand merken soll. Absolut egal sind in Tat und Wahrheit die Anliegen von Bevölkerung, Klima- und Umweltschutz. Da wird der Bevölkerung Schutz versprochen, vordergründig ihre Bedenken und sorgen Ernst genommen und bei erst bester Gelegenheit das totale Gegenteil davon in die Tat umgesetzt. Unter dem praktischen Deckmantel der Sicherheit und von extremen Wetterlagen wird „ausgetestet“, wie die Nachtflugsperrung aufgeweicht und verwässert werden kann – oder eben wie jetzt auch von Süden im Mix am Tag angefolgt werden kann. Wir wissen, dass sich der Stadtrat mit allen möglichen Mitteln wehrt gegen diese Salamtaktik von Unique und ermutigen ihn, dies auch in Zukunft konsequent zu tun. Die Zürcher Regierung fordern wir auf, mit ihrer Vertretung im Verwaltungsrat der Unique und ihrem Einfluss in Bern, solchem Treiben per sofort Einhalt zu gebieten.“

Daniel Brühwiler verliest eine weitere Fraktionserklärung der GEU zum Thema Neutralität des GR-Präsidiums:

„Blenden wir kurz zurück in die konstituierende Sitzung im Mai dieses Jahres. Nach ihrer Wahl hat die amtierende Gemeinderatspräsidentin ihre Antrittsrede gehalten und uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäte den Dialog ans Herz gelegt. Wir alle hatten einen guten Eindruck von dieser Antrittsrede. Wir gewannen die Überzeugung, dass die Gemeinderatspräsidentin ihre Rolle als Moderatorin des Dialogs verstanden hat. Wir glaubten, sie sei sich im Klaren, dass ihre moderierende Rolle ein starkes Mass an Zurückhaltung und Neutralität erfordert. Wir waren überzeugt, dass die neu gewählte Präsidentin ein Jahr lang eine würdige Repräsentantin des Rates sein würde. Der Praxistest gibt dann aber leider ein ganz anderes Bild: Kürzlich hat dieser Rat mit einem doch deutlichen Mehrheitsentscheid einen Kredit für den Ausbau des Bahnhofs Stettbach abgelehnt. In einem Initiativkomitee und in der Presse stürmt unsere Ratspräsidentin an vorderster Front gegen den Entscheid „ihres“ Parlamentes an. Sie desavouiert damit die Mehrheit des von ihr geleiteten Rates, verspielt leichtfertig ihre neutrale Rolle und verpasst damit der Würde des Amtes ein paar hässlich Kratzer. Wir von der GEU-Fraktion sind sehr enttäuscht. Wir fordern die Ratspräsidentin auf, in Zukunft solche groben Schnitzer zu unterlassen und so dem Amt wenigstens wieder etwas von der ihm zustehenden Würde zurückzugeben.“



Patrick Angele (JUSO / SP) gibt eine persönliche Erklärung zum Thema Asylbewerberunterkunft Schlosstrasse 8 ab:

„Vor zwei Stunden bin ich von der Beratungsstelle für Asylbewerber per E-Mail kontaktiert worden. Man hat mir mitgeteilt, dass die Heizung in der Unterkunft an der Schlosstrasse 8 ausgestiegen sei. Insbesondere wurde mir aber von einer dort untergebrachten schwangeren Frau berichtet, die sich nicht einmal mehr waschen könne, da die Räume mit den sanitären Anlagen viel zu kalt seien. Ferner sei die Frau krank, könne aber wegen der Schwangerschaft keine Medikamente einnehmen. Ihr Gesundheitszustand verschlechtere sich von Tag zu Tag. Herr Bloch von der Asylbewerberbetreuung ist über den momentanen Zustand informiert worden. Ich rufe hiermit den Stadtrat auf, schnell zu handeln, denn nächste Woche soll es kalt, ja sehr kalt werden. Die SP/JUSO-Fraktion wird nächste Woche vor Ort einen Augenschein nehmen und die Situation weiterhin im Auge behalten.“

2. Protokoll der 18. Sitzung vom 6. Oktober 2008

Gegen das erwähnte Protokoll sind zwei Berichtigungsanträge eingegangen:

Stephan Schneider (CVP), Seite 405: Eine Frage betreffend Ausformulierung von Massnahmen ist im Protokoll nicht aufgeführt. Ebenso fehlt die entsprechende Antwort des Stadtpräsidenten Lothar Ziörjen. Die fehlende Aussage wird noch ins Originalprotokoll aufgenommen.

Daniel Brühwiler (GEU), Seiten 408 und 415: Die Aussage für *über eine Milliarde Franken* wird korrigiert auf für *über eine halbe Milliarde Franken*. Weiter wird der Satz „Auch mit der angekündigten Volksinitiative bekunde er Mühe...“ ersetzt durch den Satz: „Auch bekunde er Mühe mit dem – seiner Ansicht nach unglücklichen – Brief des Stadtpräsidenten an alle Gemeinderäte, in welchem diese aufgefordert werden, der Vorlage zuzustimmen, damit nachher auch eine Volksabstimmung stattfinden könne. Nein meinen und Ja sagen, damit eine Volksabstimmung stattfinden könne, könne nicht Sache eines Gemeinderates sein, der sein Amt ernst nimmt.“ Auch diese beiden Berichtigungen werden ins Originalprotokoll aufgenommen.

Keine weiteren Berichtigungen. Das Protokoll ist somit im Sinne von Artikel 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Patrick Angele (JUSO / SP) betreffend Abbruch von historischen Gebäuden im Stettbach / Beantwortung

Patrick Angele (JUSO / SP) nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 18. September 2008 Stellung:

Patrick Angele zeigt sich schockiert über die Antwort des Stadtrates. Der Stadtrat habe nichts gegen den Abbruch unternommen und diesen illegalen Abbruch im Nachhinein sogar noch bewilligt. Angele zitiert aus einem NZZ-Zeitungsartikel von 1988. In der Folge nimmt er zu den Antworten des Stadtrates Stellung:

Fragen 1 und 2:

Die Antwort sei für ihn unverständlich. Der Abbruch sei nicht, wie vom Stadtrat dargelegt „unbemerkt“ erfolgt, sondern habe rund sieben Wochen gedauert. Unverständlich sei dies für ihn auch deshalb, weil der zuständige Hochbauvorstand in unmittelbarer Nähe des erwähnten Objekts wohne.



Die Frage betreffend dem Kontrollorgan sei noch nicht beantwortet worden. Angele hofft, dass der Stadtrat heute noch eine Antwort dazu liefern werde.

Frage 3:

Für den Stadtrat seien die erwähnten Bauten nur „von mässiger Schutzwürdigkeit“. Doch die Bauten seien immer noch im Inventar für schützenswerte Kulturobjekte der Stadt Dübendorf. Da gebe es von Seiten des Stadtrates überhaupt nichts daran zu interpretieren, ob es schützenswert sei oder nicht.

Frage 4:

Der Stadtrat hält fest, dass der Bauherr mit 500 Franken gebüsst worden sei und argumentiert, dass eine höhere Busse keine abschreckende Wirkung gehabt hätte. Angele glaubt, dass dieser tiefe Bussenbetrag eine Einladung an jeden Bauherr sei, um bestehende Gesetze zu missachten. Der Bauherr der erwähnten Liegenschaft kassiere für das neue Haus rund 3 Millionen Franken. Der Bussenbetrag von 500 Franken sei ein Hohn. Was müsse ein Bauherr denn eigentlich tun, fragt Angele, damit man ihn mit 50'000 Franken büssen könne?

Frage 5:

Der Stadtrat schreibt weiter, dass der Abbruch das Dorfbild nicht abwerte. Der Interpellant zitiert in diesem Zusammenhang den Artikel 5 aus der Bauordnung. Im Sinn des erwähnten Artikels sei aber tatsächlich eine Abwertung erfolgt.

Der Interpellant fordert den Stadtrat auf, seine Beschlüsse nochmals zu revidieren. Weiter prüfe er eine Beschwerde beim Bezirksrat. Falls der Stadtrat auf die Forderungen nicht eingehe, solle der Gemeinderat die Bauordnung abändern.

Hochbauvorstand Hans Zeier stellt Antrag auf Diskussion:

Der Interpellant habe keine grosse Ahnung der Rechtslage, glaubt Zeier. Zum Objekt Böszelgstrasse nimmt er folgendermassen Stellung:

Es treffe zu, dass mehr als bewilligt abgebrochen worden sei. Der Bauherr berufe sich auf den Standpunkt, dass der Abbruch nicht absichtlich erfolgt sei. Nach Abbruch habe der Stadtrat eine Projektänderung bewilligt, um so das Einreichen von Rekursen zu ermöglichen. Der Abbruch sei dem Stadtrat innert weniger Tage von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden. Die Baupolizei habe nach Eingang der Mitteilung sofort eine Bestandesaufnahme gemacht und umgehend einen Baustopp verfügt. Die Busse in der Höhe von Franken 500 entspreche dem Maximalbetrag, welcher der Stadtrat in eigener Kompetenz sprechen könne. Das Verfahren sei derzeit bei der Baurekurskommission hängig. Sobald dass entsprechende Entscheide vorliegen, werde der Stadtrat wieder informieren.

Objekt Stettbachstrasse:

Der Stadtrat habe bei diesem Objekt die Unterschutzstellung aufgehoben und auch publiziert, weil das Objekt in den 50er-Jahren stark abgeändert worden sei. Der Heimatschutz habe dagegen Rekurs erhoben. Das Verfahren sei noch hängig. Der Stadtrat werde erst nach Vorliegen eines Entscheides dazu Stellung nehmen und prüfen, ob weitere rechtliche Schritte nötig seien.



Thomas Maier (GEU) verlangt das Wort:

„Die Unterschutzstellung von Gebäuden ist ein äusserst schwieriges Thema – und wird es wohl immer bleiben. Die involvierten Stellen müssen darum nicht nur mit dem entsprechenden Fingerspitzengefühl vorgehen, sondern auch diverse unterschiedliche Interessen gegeneinander abwägen. In diesem Sinne ist die GEU mit der Antwort des Stadtrates auf Frage 5 betreffend der Strategie in Bezug auf die Unterschutzstellung von Gebäuden einverstanden. In Bezug auf die konkrete Umsetzung schwindet allerdings die Zustimmung der GEU. Dies betrifft nicht primär die Erteilung der in der Interpellation angesprochenen Baubewilligungen, sondern vielmehr die Kontrolle über deren Einhaltung und die daraus folgenden Sanktionen. Jede Bauherrin und jeder Bauherr, der ein unter Schutz gestelltes Gebäude um- respektive neu baut und die Antwort des Stadtrates auf die Interpellation liest, wird sich wohl, vorausgesetzt es bestehen unehrliche und unlautere Absichten, ins Fäustchen lachen. Denn da steht wortwörtlich: „...eine lückenlose Kontrolle sei in der Praxis nicht zu erreichen“ und die Sanktion besteht in der Regel aus 500 Franken Busse, ausser es kann der Tatbestand der Vorsätzlichkeit nachgewiesen werden. Dies sei aber äusserst schwierig und bilde in den Gesamtprojektkosten sowieso keinen grossen Anteil. Eine Einladung zum Betrug? Wenn wir in der Geschichte in Dübendorf etwas zurückschauen, gibt es ja diverse Beispiele – sagen wir mal – schwieriger Fälle (letztes Mal beim Kreis im Wil). Wir fordern den Stadtrat auf, hier klarer und konsequenter durchzugreifen. Es kann und darf nicht sein, dass der Abbruch unter Schutz gestellter Bauten – und sei es nur aus Versehen – als Kavaliersdelikt gilt. Bitte verstehen Sie uns richtig: klar durchgreifen verlangen wir bei rechtsgültigen Bauentscheiden, die – wie eingangs erwähnt – ausgewogen auch im Sinne der Wirtschaftlichkeit zu erstellen sind. Anschliessend ist dies aber einzuhalten und auch zu kontrollieren. Ist Vertrauen in die Bauführerschaft vorhanden, kann dies wohl auch sinnvoll und mit massvollem Aufwand geschehen. Wenn nicht, braucht es halt mehr Kontrolle. Dies ist umso wichtiger, da Dübendorf in Bezug auf die Erhaltung von Gebäuden nicht eben ein Ruhmesblatt ist – nicht nur im Stettbach. Ich erinnere nur an Zeiten, als ich selber etwa noch so alt wie mein Junior war (16 Monate) und Dübendorf im heutigen Zentrum noch einiges mehr zu bieten hatte an schutzwürdigen Bauten als heute.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Geschäft Nr. 161 / 2008 ist somit abschliessend behandelt.

4. Ersatzwahl eines Stimmzählers für das Büro Gemeinderat sowie eines Mitglieds der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL)

Jürg Zimmermann (FDP) hat per Ende Dezember 2008 seinen Rücktritt aus dem Gemeinderat, aus dem Büro Gemeinderat (Stimmzähler) und aus der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte (KRL) bekannt gegeben. Der Rücktritt ist am 7. Oktober 2008 vom Bezirksrat bestätigt worden.

Namens der Interfraktionellen Konferenz schlägt Hans-Felix Trachsler (SVP) folgende Mitglieder vor:

- | | |
|-----------------|----------------------------|
| a) Stimmzähler: | Rolf Biggel (FDP) |
| b) KRL: | Andreas Sturzenegger (FDP) |

Die Vorschläge werden nicht vermehrt.



Abstimmungen:

Ersatzwahl Büro Gemeinderat (Stimmzähler)

Mit 38 zu 0 Stimmen wird Rolf Biggel (FDP) per 1. Januar 2009 in das Büro gewählt.

Ersatzwahl KRL

Mit 37 zu 0 Stimmen wird Andreas Sturzenegger (FDP) in die KRL gewählt.

(Beschluss siehe Protokollanhang)

5. Wahl des neuen Ratssekretärs ab 1. Januar 2009

Namens der interfraktionellen Konferenz schlägt Hans-Felix Trachsler (SVP) Marcel Amhof, Bülach, vor. Hans Felix Trachsler stellt den Kandidaten vor und zeigt den beruflichen Werdegang auf:

Marcel Amhof ist 30-jährig und wohnt in Bülach, wo er auch seine Schulzeit verbrachte. Nach einem Grundstudium in Allgemeiner Geschichte und Pädagogik hat er in verschiedenen kaufmännischen Anstellungen gearbeitet. 1998 absolvierte Marcel Amhof die Rekrutenschule und bildete sich bis in den Rang eines Oblt weiter um sich danach zwei Jahre als Klassenlehrer der Schweizer Armee zu engagieren. Er bildete dabei Kaderangehörige der Armee in den Bereichen Führung, Buchhaltung und militärspezifischen Themen aus. Seit 2005 arbeitet Herr Amhof beim Glattaler, zuletzt als Reaktor und stellvertretender Redaktionsleiter, mit den Schwerpunkten Lokal- und Regionalpolitik. Daneben studiert er seit Oktober 2005 Politikwissenschaften mit Schwerpunkt Innenpolitik / Vergleichende Politikwissenschaften an der Universität Zürich. Durch seine heutige Tätigkeit beim Glattaler erhielt Marcel Amhof in den vergangenen Jahren einen vertieften Einblick in die Dübendorfer Politik. Er kennt die politischen Zusammenhänge und Abläufe und ist motiviert den Gemeinderat bei seiner Tätigkeit zu unterstützen. Zudem hat er mit der Aufgabe als Sekretär des Gemeinderates die Chance, die Theorie aus dem Studium mit der Praxis zu verbinden. Die am Rekrutierungsprozess beteiligten Personen (Patrick Schärer, Andrea Kuhn, Hans-Felix Trachsler) sind überzeugt, mit Marcel Amhof einen engagierten, versierten und kompetenten, neuen Ratssekretär gefunden zu haben und freuen sich auf die Zusammenarbeit mit ihm.

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Abstimmung:

Mit 38 Ja zu 0 Nein wird Marcel Amhof als neuer Ratssekretär ab 1. Januar 2009 gewählt.

Die Ratspräsidentin gratuliert Marcel Amhof zu seiner Wahl und bittet ihn, neben dem amtierenden Ratssekretär am Bürotisch Platz zu nehmen.



6. Voranschlag 2009 / Genehmigung

Die Ratspräsidentin Andrea Kuhn erläutert das Vorgehen. Vorgängig zur Detailberatung findet die Eintretensdebatte statt. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt.

Keine Einwände.

A. Eintretensdebatte

GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler nimmt namens der GRPK Stellung:

„Die Herbstwochen sind für die GRPK immer eine intensive Zeit, es gilt nämlich den Voranschlag der Stadt Dübendorf für das neue Jahr zu beurteilen. Eine grosse, verantwortungsvolle und nicht immer ganz einfache Aufgabe. Was soll überhaupt überprüft und hinterfragt werden? Wo sollen die Schwerpunkte gebildet werden? Die Gefahr besteht, sich in vielen Details zu verlieren und den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Doch wir haben diese Aufgabe mit Optimismus, zielgerichtet und systematisch an die Hand genommen.

Arbeits- und Vorgehensweise

In zwei langen und intensiven Sitzungen trugen wir Fragen zur laufenden Rechnung, zur Investitionsrechnung und zum Steuerfuss zusammen. Anschliessend sichteten wir die Antworten der Verwaltung und des Stadtrates und stellten Ergänzungsfragen. In einem persönlichen Gespräch mit einer Delegation des Stadtrates, nämlich mit Stadtpräsident Lothar Ziörjen, Finanzvorstand Martin Bäumle und Stadtschreiber Rolf Butz klärten wir die letzten offenen Punkte und diskutierten auch die vorgeschlagenen Anpassungen. Anschliessend beschloss die GRPK verschiedene Anträge. An dieser Stelle bedanke ich mich im Namen der GRPK beim Stadtrat und bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die grosse Arbeit rund um die Bearbeitung des Voranschlages 2009 und die kooperative Zusammenarbeit. An dieser Stelle hebe ich ein langjähriges Anliegen für die künftigen Rechnungen und Voranschläge hervor. Es betrifft die Stetigkeit der Darstellung. Wenn aus irgendwelchen Gründen Änderungen im Kontoplan vorgenommen werden müssen, wäre es aus Sicht der GRPK notwendig, wenn die Überführung von der bisherigen Darstellung auf die neuen Konti auch für Aussenstehende auf den ersten Blick klar und transparent ist. Andernfalls erschwert das die Übersicht und verursacht hüben und drüben unnötige Mehrarbeit und manchmal auch Ärger. Im vorliegenden Voranschlag war es beispielsweise nicht möglich, den Abfallbereich genauer zu überprüfen. Nur Dank einer während der Bearbeitung des Voranschlages 2009 separat erstellten Tabelle war es überhaupt möglich, zentrale Veränderungen zu erkennen, zu hinterfragen und zu plausibilisieren. Ähnliches gilt auch für die geplanten Auswirkungen im Zusammenhang mit der gestern bewilligten Neuausrichtung der GESPAD. Schade ist, dass der GRPK die klärende Darstellung erst nach der Verabschiedung des Voranschlages 2009 zur Verfügung gestellt worden ist. Nach unserer Auffassung sollten derartige Informationen bei wesentlichen Änderungen in der Darstellung und/oder bei Umsetzung komplexer Projekte Bestandteil des vom Stadtrat verabschiedeten Budgets sein. An dieser Stelle halte ich ein weiteres Anliegen im Zusammenhang mit den Begründungen für wesentliche Budgetabweichungen fest. Es wäre schön, wenn sich die Verfasser des Kommentars immer die Brille des Aussenstehenden aufsetzen könnten. Die Hinweise sollten für Dritte klar und verständlich sein. Nach meiner Ansicht besteht in diesem Bereich weiteres Optimierungspotential.



Eckwerte des Voranschlages 2009

Die laufende Rechnung sieht bei einem Aufwand von 124,8 Mio CHF und einem Ertrag von 124,1 Mio CHF einen Aufwandüberschuss von rund 620'000 CHF vor. In diesem Zusammenhang sind die ausserordentlichen Abschreibungen von rund 8 Millionen CHF zu beachten. Der Nettoaufwand liegt um 1,6 Mio unter dem Voranschlag 2008, was unter Berücksichtigung der Teuerung sehr erfreulich ist. Der Personalaufwand steigt um 7,02 %, einerseits verursacht durch verschiedene Stellenplanerweiterungen bei der Stadtpolizei, im Tiefbau und im Spitexbereich, aber auch durch Erhöhung der Salärsumme um 2,5 % und 0,4 % für Einmalzulagen. Nach einer Phase von sehr tiefen Investitionen realisiert Dübendorf im neuen Jahr verschiedene Projekte und investiert insgesamt 17,12 Mio CHF (inklusive Abwasser), was konjunkturpolitisch aufgrund der jüngsten Entwicklung zweckmässig und auch richtig ist. Das mutmassliche Eigenkapital wird per 31.12.09 rund 52 Mio CHF betragen. Um Doppelspurigkeiten mit den Ausführungen des Finanzvorstandes zu vermeiden, verzichte ich an dieser Stelle auf einen weiteren Kommentar.

Laufende Rechnung

Bei der Bearbeitung der laufenden Rechnung bildeten wir Schwerpunkte bei der Primarschule, der Polizei und im Abfallbereich. Im Schulbereich auffällig ist die markante Aufwanzunahme. Bei unseren Überlegungen stellten wir fest, dass die Einführung des neuen Volksschulgesetzes zu einem grossen Kostenschub führt. Viele Mehraufwendungen beruhen auf kantonalen Vorschriften. Damit bleibt die Möglichkeit zur Einflussnahme auf unserer Stufe leider klein. Die GRPK würdigte den neuen Zusammenarbeitsvertrag im Polizeiwesen mit der Nachbargemeinde Wangen-Brüttsellen. Nach unserer Auffassung handelt es sich um eine zweckmässige und auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet zweckmässige Lösung. Wir sind überzeugt, dass es noch weitere sinnvolle Beispiele für einen Ausbau der regionalen Zusammenarbeit gibt. Für Dübendorf ist die Entwicklung aufgrund der Skaleneffekte positiv. Wir ermuntern den Stadtrat, diese Politik konsequent fortzusetzen. Einmal mehr verursachte der Abfallbereich viel Arbeit. Die GRPK nahm den kürzlich getroffenen Gebührenentscheid zur Kenntnis, ist jedoch vom Umfang der geplanten Reduktion enttäuscht. Nach unserer Auffassung ist der Saldo der Abfallrechnung in naher Zukunft wesentlich stärker zu reduzieren; es braucht kein Guthaben von mehr als 1,8 Mio CHF. Die GRPK erhofft sich von der jüngst vorgenommenen personellen Verstärkung der Abteilung eine wesentliche Verbesserung in der Führung der Abfallwirtschaft und der zielgerichteten Fortführung der angefangenen Überprüfung und Neuausrichtung. Das Thema bleibt mit oberer Priorität auf unserer Agenda.

Investitionsrechnung

Nach Jahren mit tiefen Investitionen realisiert die Stadt Dübendorf im neuen Jahr verschiedene grössere Vorhaben, die im Rat bereits bekannt und die teilweise bereits in Ausführung sind. Ich erinnere an die Sanierung des Bauhofs, an die Gründungskosten der Sport- und Freizeitanlagen Dübendorf AG, ans Alterszentrum und an verschiedene Tiefbauprojekte. Im Finanzplan erscheinen erstmals verschiedene Projekte im Bereich der ARA Neugut über total 13 Mio, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Dieser Betrag entspricht dem Anteil der Stadt Dübendorf von 62,3 % an den Gesamtkosten. Der Stadtrat bewilligte die für das Jahr 2009 vorgesehenen Aufwendungen von netto 1,7 Mio als gebundene Ausgabe im Sinne einer technischen Erneuerung.

Steuerfuss

Die Überlegungen der GRPK rund um den Steuerfuss erläutere ich im Rahmen der Detailberatung.



Gesamtbeurteilung GRPK des Budgets 09

- Sparsamer und sinnvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln
- Erfreuliche Entwicklung des Sachaufwandes; die Mehraufwendungen liegen markant unter der Teuerung
- GRPK grosso modo mit dem VA09 einverstanden. Im Rahmen der anschliessenden Detailberatung stellt die vorbereitende Kommission ein paar wenige Änderungsanträge.

GRPK beantragt Eintreten auf den Voranschlag 2009.

Finanzvorstand Martin Bäumle erläutert den Voranschlag 2009. Er tut dies anhand einer ausführlichen PowerPoint-Präsentation.

Eckwerte Hochrechnung 2008:

- *Hochrechnung der Laufenden Rechnung zeigt: Dübendorf ist auf Budgetkurs mit positiven (Fürsorge) und negativen Abweichungen (Primarschule, Tiefbau).*
- *Hochrechnung Investitionsrechnung: nochmals Minderinvestitionen (unter anderem durch Projektverzögerungen).*
- *Steuerertrag deutliche Verbesserung und seit Hochrechnung August nochmals besser (zirka 4 Millionen).*
- *Grundsteuer wird um fast 5 Millionen im Plus erwartet.*

Ziele des Stadtrates im Finanzplan 07-11 / 08 – 12

1. *Selbstfinanzierung von mindestens 100% im 5-Jahresmittel möglich.*
2. *Stabilisierung beziehungsweise weitere Reduktion der verzinslichen Schuld möglich.*
3. *Die relativierte Nettoschuld mittelfristig abzubauen ist möglich.*
4. *Begrenzung der Investitionen auf maximal 60 Millionen Franken in der Planperiode ist nicht möglich.*
5. *Kontinuität bei den jährlichen Investitionen ist nicht möglich.*
6. *Eine Reduktion des Wachstums beim Nettoaufwand in der Laufenden Rechnung ist möglich.*
7. *Die Erhaltung eines langfristig stabilen und attraktiven Steuerfusses ist möglich.*

Focus06

1. *Focus06 hat einen langen und teilweise beschwerlichen Weg hinter sich.*
2. *Verschiedene Massnahmen wurden laufend (seit 2005) umgesetzt.*
3. *2006 hat der Stadtrat ein Paket verabschiedet, welches 2007 und 2008 weitgehend umgesetzt wurde.*
4. *Focus06-Umsetzung verzögert sich in gewissen Bereichen und einzelne Massnahmen wurden gestrichen.*
5. *Focus-Bericht ist noch offen und verzögert sich leider.*

Schlussfolgerungen Voranschlag 2009

- *Wachstumsprognose Steuererträge 2009 und Finanzplan werden trotz Finanzkrise positiv eingeschätzt (Ausgleich kalte Progression erfolgt erst per 2010).*
- *Dank optimistischer Prognose bei Nachträgen Vorjahr und bei Steuerauscheidungen kann das Gesamtergebnis Steuern Zuwachs verzeichnen.*



- Grundsteuern leicht höhere Erwartung.
- Das Basisszenario ist mit deutlich höheren Risiken behaftet als in den Vorjahren, vor allem ab 2010 (mögliche Auswirkungen der Finanzkrise auf Realwirtschaft).
- Der Aufwand aus der Laufenden Rechnung konnte im Rahmen der Finanzplanung gehalten werden.
- Die Investitionsrechnung erreicht nach drei Jahren ab 2009 wegen Einzelposten (Folgen Glattalbahn, Hochbord, Geerenstrasse, GESPAD, ASZ, Bauhof) einen deutlichen Anstieg und weitere grosse Investitionen stehen an (ASZ, Glattalbahn, Stägenbuck, ARA, weitere Tiefbauten).
- Klare Zielvorgaben des Stadtrates und eine intensive Budgetphase mit zum Teil mehreren Runden für den Voranschlag 2009 wirkten aufwanddämpfend.
- Die verzinlichen Schulden werden vor allem wegen der Investitionsrechnung 2009 und 2010 / 11 ansteigen, wobei dies zu einem grösseren Teil aus den Resultaten 07/08 finanziert werden kann.
- Der Finanzhimmel über Dübendorf bleibt nach zwei sehr positiven Jahren 2007 / 2008 mit grösseren Risiken, vor allem ab 2010, behaftet.
- Die erwünschte Senkung des Steuerfusses um 4% ist ab 2009 ist möglich und bleibt nachhaltig, falls sich die Fundamentaldaten (Steuern, IR, Aufwand LR) nicht markant verändern (vor allem Finanzkrise).

Anträge GRPK zum Voranschlag 2009

- Ressortvorsteher und Finanzvorstand werden zu den Anträgen aus der GRPK beziehungsweise aus dem Rat in der Detailberatung Stellung nehmen.
- Der Stadtrat hält grundsätzlich an seinem Budget und an seinem Steuerfussantrag fest.
- Zum Personal (Lohnerhöhungen) wird der Stadtrat noch in diesem Jahr die definitiven Entscheide fällen (im Voranschlag 2009 sind insgesamt 2,5 Prozent für Lohnerhöhungen plus 0,4 % für Einmalzulagen eingestellt).
- Der Stadtrat bedankt sich bei der GRPK für die umsichtige und kritische Prüfung des Voranschlages.
- Der Stadtrat bittet um Genehmigung des Voranschlages mit einem Steuerfuss von 90%.

Keine weiteren Bemerkungen. Eintreten ist somit beschlossen.

B. Detailberatung

a) Laufende Rechnung, Seiten 34 – 82

10 Allgemeine Verwaltung, Seiten 34 – 41

Anträge der GRPK:

Seite 34, Kto. 1000.3170 / Spesen Gemeinderat: - 7'000 Franken

Begründung: Korrektur Budgetfehler, materiell ohne Auswirkungen.

Keine Wortmeldungen.



Abstimmung:

Für den Antrag der GRPK: 38 Stimmen

Für den Antrag des Stadtrates: 0 Stimmen

Das Konto 1000.3170 wird somit um 7'000 Franken reduziert.

Seite 38, Kto. 1056.3180, Dienstleistungen Dritter: + 20'000 Franken

Begründung:

Mehrausgaben im Bereich Natur- und Heimatschutz. Im Nachgang zur Interpellation von Kurt Berliat (CVP) ist die GRPK der Ansicht, dass die Mittel für den Bereich Naturschutz um insgesamt 20'000 Franken erhöht werden sollten. Damit machen wir die Kürzungen von 2002 rückgängig und erhöhen die Aufwendungen für Pflegemassnahmen durch Landwirte um 10'000 Franken und investieren weitere 10'000 Franken für Arbeiten in der Natur durch die Stiftung SWO unter der Leitung von Thomas Winter.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für den Antrag der GRPK: 37 Stimmen

Für den Antrag des Stadtrates: 0 Stimmen

Das Konto 1056.3180 wird somit um 20'000 Franken erhöht.

Hans Baumann (SP / JUSO) meldet sich zu Wort:

„Wir haben bereits mehrmals aufgezeigt, dass das städtische Personal in den letzten Jahren keine Realloohnerhöhungen mehr erhalten hat, für die meisten gab es nicht einmal den Teuerungsausgleich. Seit 2003 wurden dem städtischen Personal die Teuerungsverluste nie mehr ausgeglichen. Seither beträgt der aufgelaufene Teuerungsverlust auf den Löhnen 4,25%, er wird sich auf Ende dieses Jahres auf 6% addieren. Selbst die individuell gewährten Lohnerhöhungen machen diesen Teuerungsverlust nicht wett. Der Lohnrückstand auf das kantonale Personal und die Mehrheit seiner Gemeinden beträgt seit 2003 mehr als 4,5%. Der Kanton gewährt seinem Personal auf nächstes Jahr Lohnerhöhungen im Umfang von mindestens 3,5%. Die meisten Gemeinden von Zürich, insbesondere die grossen, werden diesen Lohnbeschluss übernehmen. Einmal mehr droht Dübendorf das lohnpolitische Schlusslicht im Kanton Zürich zu bleiben - insbesondere wenn dem Personal noch zusätzlich NBU-Prämien überwälzt werden. Sein Ruf als Arbeitgeber nimmt immer mehr Schaden. Der Wettbewerbsnachteil vergrössert sich. Für nächstes Jahr wurde dem Personal nun endlich der Teuerungsausgleich und zusätzlich 1 Prozent für reale Verbesserungen in Aussicht gestellt. Das wäre eine einigermaßen befriedigende Lohnrunde für das Personal. Nun frage ich mich, ob die budgetierten 620'000 Franken (inkl. ASZ) ausreichen, um die Teuerung und die versprochene reale Verbesserung zu bezahlen (die Jahresteuern betrug gemäss Landesindex im Oktober 2.6 Prozent) oder ob einmal mehr auf Kosten des Personals gespart werden soll. Dies wäre ungerecht und würde beim Personal auf Unverständnis stossen. Wir verzichten hier aber auf einen Antrag und appellieren an den Stadtrat, den möglichen Spielraum im Voranschlag zu nutzen und den städtischen Angestellten die in Aussicht gestellte Lohnerhöhung unbedingt zu gewähren.“

Keine weiteren Anträge, mit Änderungen genehmigt.



11 Finanzen, Seiten 41 – 48

Andrea Kennel (SP) stellt zum Konto 1115.3140 folgenden Antrag: *Der Betrag für baulichen Unterhalt sei um 30'000 Franken zu erhöhen.*

Begründung: In Zeiten der Finanzkrise sei es nicht sinnvoll, dass die Stadt unnötig kürze. Deshalb solle auch beim Liegenschaftenaufwand nicht gekürzt werden.

Gaby Gossweiler (FDP) weist darauf hin, dass die GRPK diese Frage im Rahmen der Budgetvorbereitung bereits schon geprüft habe.

Martin Bäumle liest die Antwort der Abteilung Liegenschaften aus dem Fragenkatalog der GRPK vom 20. Oktober 2008 vor:

„Das Budget 2009 wurde ausschliesslich auf die aktuell vorhersehbaren Unterhaltsarbeiten ausgerichtet. Damit kann der heute absehbare Unterhalt bewerkstelligt werden. Massnahmen für die Werterhaltung sind in der Investitionsrechnung enthalten.“

Aufgrund dieser Antwort empfiehlt Martin Bäumle, den Antrag von Andrea Kennel abzulehnen.

Abstimmung:

Für Antrag Kennel: 7 Stimmen

Gegen Antrag Kennel: 31 Stimmen

Der Abänderungsantrag Andrea Kennel (SP) ist somit abgelehnt.

Keine weiteren Anträge, mit Änderungen genehmigt.

12 Hochbau, Seiten 48 - 49

Keine Anträge, genehmigt.

13 Tiefbau, Seiten 49 – 54

Anträge GRPK:

Seite 51, Kto. 1334.3080, Aushilfsentschädigungen: - 10'000 Franken

Begründung: Korrektur von Budgetfehlern, materiell ohne Auswirkungen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für den Antrag der GRPK: 38 Stimmen

Für den Antrag des Stadtrates: 0 Stimmen

Das Konto 1334.3080 wird somit um 10'000 Franken reduziert.

Seite 51, Kto. 1334.3130, Betriebs- und Verbrauchsmaterial, -7'000 Franken



Begründung: Korrektur von Budgetfehlern, materiell ohne Auswirkungen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für den Antrag der GRPK: 38 Stimmen

Für den Antrag des Stadtrates: 0 Stimmen

Das Konto 1334.3130 wird somit um 7'000 Franken reduziert.

14 Sicherheit, Seiten 54 – 60

Keine Anträge, genehmigt.

15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 60 – 64

Antrag GRPK:

Seite 62, Kto. 1550.4340, Abfallgebühren, - 336'000 Franken

Begründung:

Trotz Gebührensenkung beträgt der mutmassliche Saldo des Spezialfinanzierungskontos Abfall per 31.12.09 voraussichtlich rund 1,8 Mio CHF. Ein Saldo der nach Ansicht der GRPK klar zu hoch ist. Mit einer weiteren Senkung der Grundgebühr kann die Überdeckung in einem Zeitraum von fünf Jahren bis auf 800'000 Franken abgetragen werden. Die beantragte Reduktion beträgt rund ein Steuerprozent. Die GRPK weiss, dass die Festsetzung der Gebühren in die Kompetenz des Stadtrates fällt, dennoch will die Kommission mit diesem Antrag klar zum Ausdruck bringen, dass die vom Stadtrat vorgenommene Reduktion der Gebühren nach unserer Ansicht klar zu wenig weit geht. Das kantonale Abfallgesetz schreibt nämlich die Erhebung von kostendeckenden Gebühren vor und nicht die Bildung einer grossen Reserve. Aktuell findet derzeit eine Neuausrichtung der Abfallwirtschaft statt. Die hier vorgesehenen, aber noch nicht näher bekannten Investitionen lassen sich nach unserer Ansicht trotzdem gut finanzieren, da der Abfallrechnung jeweils nur die jeweiligen Abschreibungen und Zinsen belastet werden.

Diskussion:

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger ergreift das Wort und betont, dass Abklärungen beim Bezirksrat ergeben hätten, dass eine Senkung nicht möglich sei, weil dadurch das Gebührenreglement angepasst werden müsste. Güttinger empfiehlt dem Gemeinderat, die von der GRPK vorgeschlagene Änderung nicht vorzunehmen. Man solle doch zuwarten bis im März das neue Gebührenreglement vorgelegt werde.

Daniel Brühwiler (GEU) verlangt das Wort:

„Die GRPK wartet nun schon seit längerer Zeit darauf, dass der Stadtrat und die Verwaltung bei den Finanzen des Abfallbereiches wieder Boden unter den Füßen finden. Rein juristisch gesehen ist es zwar zulässig, dass auf der Abfallrechnung Geld bis zu einem Jahresumsatz angehäuft wird, aber aus politischen Gründen will dies die GRPK nicht. Wenn der Stadtrat das juristisch Mögliche ausreizen will, ist dies eine Kampfansage an die GRPK. Im Abfallbereich herrscht eine verkehrte Welt:



Anstatt Massnahmen vorzulegen und dann dafür Geld einzustellen, wird zuerst Geld angespart, mit dem man dann Massnahmen realisiert.“

Rolf Güttinger betont, dass man im Abfallbereich nun endlich wieder Kontrolle gewonnen habe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für den Antrag der GRPK: 27 Stimmen

Für den Antrag des Stadtrates: 4 Stimmen

Das Konto 1550.4340 wird somit um 336'000 Franken reduziert.

16 Soziales, Seiten 65 – 73

Keine Anträge, genehmigt.

17 Bildung und Jugend, Seiten 73 – 75

Keine Anträge, genehmigt.

19 Primarschule, Seiten 75 – 82

Keine Anträge, genehmigt.

Schlussabstimmung zur bereinigten Laufenden Rechnung:

Mit 38 Ja zu 0 Nein wird der geänderten Laufenden Rechnung des Voranschlages 2009 zugestimmt.

b) Investitionsrechnung, Seiten 100 - 103

Antrag GRPK:

Seite 102, Kto. 1720.5060.4, Anschaffung Abfallbehälter, Pressmulde –50'000 Franken

Begründung:

Betrag vorsorglich in den Voranschlag aufgenommen. Noch kein konkretes Projekt vorhanden. GRPK nicht gegen sinnvolle Investitionen im Abfallbereich. Bevor jedoch Mittel freigegeben werden, ist die gegenwärtige Neuausrichtung der Abfallwirtschaft vollständig abzuschliessen, im Stadtrat und im Gemeinderat zu diskutieren und zu beschliessen.

Diskussion:

Rolf Güttinger präzisiert, dass es sich dabei nicht um eine Pressmulde, sondern um eine Anschaffung von Behältern für das Strassenwischgut handle. Die Pressmulde sei nämlich bereits schon angeschafft worden und in Betrieb.



Daniel Brühwiler zeigt sich befremdet darüber, dass nun Geld aus der Abfallrechnung für den Strassenunterhalt verwendet werden soll. Das sei so nicht zulässig.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für den Antrag der GRPK: 31 Stimmen

Für den Antrag des Stadtrates: 4 Stimmen

Die Anschaffung Abfallbehälter / Pressmulde wird somit aus der Investitionsrechnung gestrichen.

Andrea Kennel (SP) stellt einen Antrag zum Konto 1090.5030, zieht diesen aber wieder zurück, nachdem Martin Bäumle den von ihr bemängelten Fehlbetrag in einem anderen Konto nachweisen kann.

Schlussabstimmung zur geänderten Investitionsrechnung:

Mit 38 Ja zu 0 Nein wird die geänderte Investitionsrechnung 2009 genehmigt.

5 Minuten Pause

c) Festsetzung des Steuerfusses für das Jahr 2009

Ratspräsidentin Andrea Kuhn macht auf Artikel 28 der Geschäftsordnung des Gemeinderates aufmerksam: Abänderungs- und Ergänzungsanträge sind vor der Abstimmung schriftlich vorzulegen.

Antrag des Stadtrates gemäss Voranschlag: 90 %

Antrag der GRPK-Mehrheit:

Finanziell entwickelte sich die Stadt Dübendorf in jüngster Zeit sehr erfreulich. Die Stadt führte die Verschuldung im Mehrjahresvergleich markant zurück. Die Perspektiven 2009 sind positiv. Um im Konkurrenzvergleich mit den umliegenden Gemeinden bestehen zu können, besteht im Steuerfussbereich in der Tat Handlungsbedarf. Teile der GRPK befürwortet deshalb den vom Stadtrat skizzierten Weg und unterstützt eine Reduktion des Steuerfusses um 4 %. Auch wenn sich dabei das Risiko insgesamt leicht erhöht (Unsicherheit künftiger wirtschaftlicher Entwicklung, grosse Investitionsvorhaben)

Die GRPK-Mehrheit unterstützt den Antrag des Stadtrates.

Antrag der GRPK-Minderheit (Referent: Patrick Walder):

„Die GRPK-Minderheit beantragt Ihnen heute Abend eine Steuerfussenkung um 7% auf neu 87%. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, als Erstes zeige ich mich sehr erfreut, dass sogar der Stadtrat



nun endlich zur Einsicht kommt, dass der Steuerfuss schleunigst gesenkt werden muss. Er hat erkannt, dass das zu tiefe Budgetieren der Steuereinnahmen spätestens bei der Jahresrechnung jeweils auffällt. Nun ist er der Ansicht, dass die Versäumnisse der letzten Jahre mit einer Senkung von 4% wieder gut gemacht werden können. Dem ist nicht so. Wenn man das Budget 2009 seriös betrachtet, ist klar ersichtlich, dass leider wiederum auch für das Jahr 2009 die Steuereinnahmen viel zu tief budgetiert wurden. Alleine die im Budget 2009 ersichtliche Hochrechnung 2008 rechnet mit Mehreinnahmen von rund 14 Millionen Franken. Und diese Zahl kann man als sehr pessimistisch einstufen. Zu tief budgetiert sind klar die Budgetpositionen: 1145.4000 um 2,5 Millionen Franken und 1145.4002 um 4 Millionen Franken. Nun endlich sollte es für jedermann klar sein, dass es an der Zeit ist, auch wieder einmal an die Steuerzahler und Bürger zu denken. Mit 4% ist das aber längst nicht getan, 7% ist dagegen das Mindeste. Die SVP wäre gerne stufenweise mit dem Steuerfuss runter gefahren, das hat dieser Rat im letzten Jahr verhindert. Vor einem Jahr haben noch diverse Votanten in diesem Rat gesagt, wenn mit dem Steuerfuss runter, dann auch richtig. Es ist wohl selbstverständlich, dass wir von diesen Stimmen eine Unterstützung unseres Antrages erwarten. Ich könnte Ihnen jetzt natürlich Folien präsentieren und Grafiken zeigen, die so manipuliert sind, dass sie genau das aussagen, was ich gerne möchte. Aber von diesen präparierten Folien haben wir heute Abend nun wirklich schon genügend gesehen. Ein Beispiel muss ich trotzdem erwähnen: Im Budget auf Seite 4 sehen Sie die Hochrechnung der Steuereinnahmen 2008. Natürlich hat der Stadtrat aber auf Seite 17 beim Selbstfinanzierungsgrad nicht mit diesen Zahlen gearbeitet. Sonst würde jeder erkennen, dass der Selbstfinanzierungsgrad für das Jahr 2008 bei über 300% liegt und dass es auch für das Jahr 2009 viel zu tief prognostiziert ist. Ein Argument gegen die Steuersenkung, das wir fast sicher heute Abend noch hören werden, ist die Finanzkrise. Jetzt müssen Sie, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, entscheiden, ob Sie Staatsvertreter oder Volksvertreter sind. Die Zuschauer auf der Tribüne und die Dübendorferinnen und Dübendorfer werden sicher ganz gespannt sein, ob Sie in einer schwierigen Situation die Konsumenten und Investoren unterstützen, und das mit einer Steuersenkung, oder ob Sie einfach schauen, dass der Staat weiterhin den Bürgerinnen und Bürgern zuviel aus der Tasche zieht und den Konsum und die privaten Investitionen verhindert. Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, in der anschliessenden Debatte über den Steuerfuss müssen wir nicht über die Ausgaben oder Investitionen diskutieren. Diese sind ja im Budget enthalten. Diskutieren müssen wir über die sehr pessimistischen Steuereinnahmen. Um den Steuerfuss um 7% zu senken, reicht es völlig aus, die Einnahmen realistisch zu budgetieren. Was erstaunt, ist, dass der Finanzvorstand vor einem Jahr davon gesprochen hat, nur eine Senkung von 15 – 20% wäre für Dübendorf sinnvoll, und nun einen Antrag von 4% rechtfertigt. Die letztes Jahr geforderte Steuersenkung von 3%, basierend auf den absehbaren Mehreinnahmen von 1,5 Millionen, wurde als Milchbüchleinrechnung à la Walder abgetan. Ich frage mich nun, auf was für einer Rechnung der jetztige Überschuss von 14 Millionen basiert? Ich bin sicher, dass der Finanzvorstand nun endlich verstanden hat, dass die Milchbüchleinrechnung der SVP immer noch genauer ist als sein Budget. Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie etwas Gutes, Sinnvolles und etwas Nötiges und unterstützen Sie den Antrag der GRPK-Minderheit!“

Diskussion:

Gaby Gossweiler (FDP) verlangt das Wort:

„Als Sprecherin einer GRPK-Gruppierung, welche trotz vier Personen einen Minderheitsantrag hätte stellen können, erläutere ich Ihnen unseren Antrag auf eine Steuerfussenkung um 3% - als Variante zum Antrag des Stadtrates. Mit seinem Antrag für eine Steuerfussenkung um 4% hat der Stadtrat mehrere seiner bisherigen Grundsätze über Bord geworfen: Nämlich Schuldenabbau vor Steuerfussenkung und ein langfristig stabiler Steuerfuss. Gemäss dem Basisszenario im Finanzplan führt dies mittelfristig zu einem erneuten Anstieg der Verschuldung. Verschiedene Risiken sind dabei noch gar nicht beachtet: Zusätzliche, im Finanzplan noch nicht enthaltene Investitionen (zum Beispiel Spital



Uster), Folgen des NFA, kantonale Steuergesetzrevision, Kosten für Aufwertung diverser Stadtquartiere, gegenwärtige wirtschaftliche Turbulenzen mit Rezessionsgefahr. Vor diesem Hintergrund wäre rein theoretisch höchstens eine zweiprozentige Steuerfussenkung angebracht. Trotzdem beantragen wir eine dreiprozentige Steuerfussenkung und nehmen damit eine minimste Neuverschuldung in Kauf. Dies geschieht vor allem auch im Hinblick auf die schlechte finanzielle Lage der Oberstufenschulgemeinde, welche eine Steuerfusserhöhung um 2% beantragt. Würden wir eine Senkung von nur 2% beantragen, ergäbe sich insgesamt ein Nullsummenspiel. Mit einer Senkung um 3% wollen wir einerseits ein Nullsummenspiel vermeiden, andererseits aber auch die erwähnten Risiken angemessen berücksichtigen und die Chancen erhöhen, den Steuerfuss über mehrere Jahre stabil halten zu können. Sollten sich mittelfristig die erwähnten Risiken als irrelevant entpuppen und die Steuer-gelder wider Erwarten üppiger sprudeln als im Finanzplan angenommen, so haben wir immer noch über 60 Millionen Franken Schulden, die dann weiter abgebaut werden könnten. Zudem könnte die Stadt Dübendorf in drei bis vier Jahren mit einer weiteren Steuersenkung erneut ein positives Signal aussenden. Das Parlament hat in der heutigen Detailberatung des Voranschlages 2009 beschlossen, den Budgetposten „Abfallgrundgebühren“ um 336'000 Franken zu reduzieren und somit faktisch vom Stadtrat verlangt, diese Gebühren um insgesamt 50 Franken pro Haushalt zu senken. Dies wäre ein finanziell zu verantwortender Schritt und würde die Überdeckung der Abfallrechnung von zurzeit 1,8 Millionen Franken innert fünf Jahren auf zirka 800'000 Franken reduzieren. Eine Reduktion der Abfallgrundgebühr um gesamthaft jährlich 50 Franken pro Haushalt würde für einen durchschnittlichen Steuerzahlenden in Dübendorf einem Steuerprozent entsprechen. Zusammen mit der Steuerfussenkung um 3% würde faktisch ein grosser Teil der Haushalte um einen jährlichen Betrag im Umfang von 4 Steuerprozenten entlastet. Ich bitte Sie, unter den gegebenen Aspekten unserem Antrag auf eine dreiprozentige Steuerfussreduktion zuzustimmen. Danke.“

Stephan Schneider (CVP) verlangt das Wort:

„Unbestritten dürfte mittlerweile sein, dass die Finanzkrise Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben wird. Auswirkungen, die wir heute noch nicht abschliessend beurteilen können. Doch das Sprudeln der Steuern hat aufgrund der Zeichen aus der Wirtschaft ein Ende, wenn dieses auch nicht schon umfassend im 2009 erkennbar sein wird. Doch Sozialausgaben werden aufgrund der Finanzkrise in Bälde wieder steigen. Denn aufgrund der Sozialstruktur von Dübendorf werden wir schneller davon betroffen sein. Beim genauen Hinschauen der Finanzlage der Stadt Dübendorf ist klar, dass wir trotz den guten Steuerjahren, nach wie vor auf „wackligen“ Beinen stehen und eine alte Binsenwahrheit sagt, dass nach fünf fetten Steuerjahren in der Regel fünf magere Jahre folgen werden. Zudem darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass wir in den letzten Jahren eine unterdurchschnittliche Investitionstätigkeit hatten. Und trotzdem gelang es uns nicht vollends, eine stabile Decke zu bauen. Zwei Zahlen zeigen dies klar auf: tiefe Steuerkraft pro Einwohner: 2801 Franken, Kantonsmittel 3184 Franken, ein sehr geringes Nettovermögen pro Einwohner von durchschnittlich rund 500 Franken seit 2001, Zielwert für eine stabile Decke sind rund 1'000 Franken über 5 Jahre. Hätte man eine eigene Firma wäre klar, zuerst müssten die Schulden reduziert werden. Warum man nun diesen Pfad verlässt ist schwer zu verstehen. Was soll eine Steuerfussenkung bewirken? Respektive warum ist der Stadtrat gewillt, ein sich abzeichnendes grosses Risiko einzugehen? Ziel muss es bleiben, einen stabilen langfristigen Steuerfuss zu haben. Mit einer vierprozentigen Senkung gibt man nicht ein Signal, dass die Firmen in Scharen nach Dübendorf kommen. Da müsste Dübendorf zuerst noch einige andere Hausaufgaben lösen. Das grosse Geschenk für die Bevölkerung ist es jedenfalls für den „Otto-Normal-Bürger“ nicht:

Berechnung Ersparnis bei Verheirateten (steuerbares Einkommen)

250'000	794.60
100'000	205.20



70'000	115.10
50'000	61.75
30'000	20.76

„Selbst der Stadtrat hat im Finanzplan Szenario tief festgehalten, dass bei einer Rezession als Folge der Finanzkrise und stark sinkenden Steuererträgen der Steuerfuss auf 94% bleiben sollte. Es würde aber dadurch eine Mehrverschuldung von 10 Millionen Franken resultieren. Das „Szenario Tief“ liegt nun aufgrund der aktuellen Zeichen näher als die „Variante Basis“. Man muss sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage zumindest die Frage erlauben: Was wäre, wenn wir den Steuerfuss für die nächsten drei Jahre unverändert liessen? Hätte Dübendorf markante Nachteile zu befürchten? Aus meiner Optik klar nicht. Hingegen wenn der bis anhin stabile Steuerfuss nun plötzlich auf und ab geht, wäre dies ein viel fataleres Zeichen nach Aussen. Die Gemeinde würde unberechenbar werden. Sollte sich jedoch nach drei Jahren effektiv zeigen, dass alles nur halb so schlimm ist, ist es nicht zu spät, um eine langfristige markante Steuerfussenkung einzuleiten. Hingegen, wenn alles viel gravierender daher kommt, sind wir gewappnet, dass der heutige Steuerfuss wenigstens gehalten werden kann. Wir predigen der Jugend, dass wir nicht auf Pump leben sollten, also machen wir es mit dem Gemeindehaushalt genauso. Wenn wir ein Vorbild für unsere Nachkommen sein wollen, dann gehen wir sorgsam um und schauen gekonnt und abwägend in die Zukunft. Wer dies macht, kann nur einen Schluss ziehen: Den Steuerfuss so bleiben lassen wie er ist. Alles andere ist ein gefährliches Spiel mit dem Finanzhaushalt. Dies ist die Meinung der CVP-Fraktion.“

Orlando Wyss (SVP) meldet sich zu Wort:

„Vor einem Jahr, anlässlich der Budgetberatung 2008, hat Sie unser Gemeinderat Patrick Walder von der Notwendigkeit einer dreiprozentigen Steuersenkung für das Jahr 2008 zu überzeugen versucht. Patrick Walder ist zwar noch sehr jung, aber, um es vorsichtig auszudrücken, in finanztechnischen Belangen mindestens so kompetent, wie der Durchschnitt unseres Parlamentes. Zusammengefasst fusste seine Forderung auf der Annahme, dass der Verkauf des Areals Bahnhof Nord 1,5 Mio. Franken Gewinn erbringen würde und die Steuereinnahmen mindestens 1,5 Mio. Franken zu tief budgetiert seien. So hätten die Schulden reduziert und die dreiprozentige Steuerfuss-Senkung finanziert werden können. Wie er als junger Gemeinderat von unserem Profi-Politiker Martin Bäumle abgekanzelt wurde, muss ich hier nicht mehr wiederholen. Wie wir im Nachhinein feststellen durften, lag Patrick Walder mit seinen Überlegungen richtig. Alle in diesem Saal haben erkennen müssen, dass die Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent zwingend notwendig gewesen wäre, ausser natürlich unseren linken Politikern, welche auch heute noch für eine Beibehaltung des Steuerfusses sind. Es lohnt sich, bei der Diskussion über die Festsetzung des Steuerfusses 2009 uns die Diskussionen des letzten Jahres in Erinnerung zu rufen. Toni Keller zeigte auf, wie unser Finanzvorstand in den letzten Jahren immer ein negatives Budget vorlegte, das fast immer, zum Teil massiv, als positiver Rechnungsabschluss endete. Für die Beeinflussung, man müsste eigentlich sagen Manipulation dieser Budgetaussagen, hat unser Finanzvorstand zwei Werkzeuge zur Hand, die er bis zur Unerträglichkeit ausnutzt. Auf der Einnahmeseite ist dies der zu erwartende Steuerertrag, welcher er zur Erreichung seines falschen Budgetergebnisses immer zu tief ansetzt und auf der Ausgabenseite arbeitet er mit den zusätzlichen Abschreibungen, welche sich ohne Probleme so ansetzen lassen, damit das Budgetergebnis negativ wird. Beides sehen wir wieder im Budget 2009. Dass die um 9,2 Mio. Franken besser als budgetiert abgeschlossene Rechnung 2007 nur zu einem verschwindend kleinen Teil wegen den Minderinvestitionen im Jahr 2007, sondern wegen mehr Steuereinnahmen so gut präsentiert werden konnte, musste mittlerweile auch unser Finanzvorstand zur Kenntnis nehmen. Trotzdem operiert Martin Bäumle wieder mit den gleich falschen Annahmen, wie letztes Jahr und setzt die Steuereinnahmen wieder zu tief fest. Er stuft den Gemeinderat in finanzpolitischem Sachverstand als naiv ein, oder es ist wirklich so, dass die SVP ist die einzige Partei in Dübendorf ist, welche auf diesem Gebiet die richtigen Schüsse ziehen kann. Noch drei Zitate unseres Finanzvorstan-



des, welche er als Schlussfolgerung des Budgets 2008 anbrachte, möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen. „Die verzinslichen Schulden werden wegen der erhöhten Laufenden Rechnung und der Investitionsrechnung leicht ansteigen.“ und „Der Finanzhimmel über Dübendorf hat sich nach einem Zwischenhoch 2007 bereits wieder etwas verdunkelt.“, sowie „Von einer Erhöhung des Steuerfusses ab 2008 kann aber trotzdem aufgrund der erwarteten Steuererträge und der leichten Verbesserung der Fundamentaldaten verzichtet werden.“ Diese Sätze kann man sich auf der Zunge vergehen lassen. In der Hochrechnung des Jahres 2007 wurde von einem Plus von 3,3 Mio. Franken gesprochen. Dass daraus dann 9,2 Mio. Franken wurde ist mittlerweile allen bekannt. Das gleiche Prozedere hatten wir schon ein Jahr zuvor. Anstelle der in den Budgetunterlagen genannten 1,4 Mio. Franken wurden bei Rechnungsabschluss 2006 3,1 Mio. Franken. Das gleiche erwarte ich auch für das laufende Jahr. Martin Bäumle serviert uns die Wahrheit scheinbarweise. Wenn die Rechnung 2008 einiges höher als 11,4 Mio. Franken besser abschneiden sollte, sind vielleicht Sie, nicht aber wir von der SVP erstaunt. Wie die Finanzlage der Stadt Dübendorf von unserem Finanzvorstand immer im dramatischen Licht dargestellt wird, zeigt der Umstand, dass er die Summe der langfristigen Schulden der Stadt Dübendorf nicht zahlenmässig darstellt. In meinem Votum im Juni 2008 zur Rechnung 2007 habe ich dargelegt, dass diese langfristigen Schulden per Ende 2008 auf 59 Mio. Franken reduziert sein werden. Martin Bäumle sprach von 69 Mio. obwohl die Zahl, welche er meinte, 71 Mio. lauten sollte. Die Zahl, welche auch in unserem Budget genannt wird. In einem Nebensatz wird dann noch auf die Rückzahlung von 12 Mio. Franken an die PK Dübendorf hingewiesen. Es ist ihm fast peinlich, die Schuldsituation so darzustellen, wie sie ist. Nicht dass jemand daraus schliessen würde, wir würden die Schuldentrückzahlung nicht begrüssen. Jeder Franken, welcher mehr eingenommen wird, soll für die Reduktion der Schulden eingesetzt werden. Aber mit grösseren Schuldensummen lässt sich natürlich ein höherer Steuerfuss rechtfertigen. Um bei den Zitatensätzen vom letzten Jahr zu bleiben, möchte ich eines von mir anfügen: „Das grösste Problem sei die Steuerkraft, welche Dübendorf nicht attraktiv mache. Das Ziel von Martin Bäumle sei, so glaubt Wyss, ein stabil hoher Steuerfuss.“ Auch wenn es linke Politiker immer wieder gebetsmühleartig vortragen, dass ein tiefer Steuerfuss keinen Standortvorteil für eine Gemeinde ist, zeigt doch das tiefe Steueraufkommen pro Kopf der Bevölkerung klar auf, dass hier eines der Hauptprobleme unserer Stadt liegt. Zu NPM-Zeiten haben wir es uns einmal zum Ziel gemacht, im besten Drittel aller Gemeinden im Kanton Zürich im Bezug auf den Steuerfuss zu sein. Genau im Wissen um den Standortvorteil, welcher ein tiefer Steuerfuss für eine Gemeinde bedeutet. Von diesem Ziel bewegen wir uns immer weiter weg. Waren wir in den Jahren 2003 bis 2006 mit den Rängen 56, 58, 58 und 57 noch knapp im Zielband, so verschlechterte sich unser Ranking 2007 auf Platz 65 und in diesem Jahr auf Platz 72. Um nochmals unseren Finanzvorstand in der letztjährigen Budgetdebatte zu zitieren: „Damit Dübendorf attraktiver würde, wäre eine 15 bis 20-prozentige Senkung nötig.“ Bei den Zahlen, welche wir im letzten Jahr erreicht haben, welche wir in diesem Jahr erreichen werden und welche wir im nächsten Jahr ausweisen werden, wäre dies sogar eine realistische Grösse. Die SVP geht aber nicht soweit, sondern fordert eine siebenprozentige Steuerfussreduktion. Etwas muss man hier ansprechen, was meiner Überzeugung entspricht und auch von Ihnen sicher nicht ernsthaft bezweifelt wird. Wäre die SVP nicht mit zwei Leuten in der Regierung vertreten, würde heute kein Antrag auf eine vierprozentige Steuerfussreduktion vom Stadtrat vorliegen. Die SVP ist aber der Überzeugung, dass diese Reduktion nicht ausreicht. Wir werden auch im nächsten Jahr mit einem Steuerfuss von 87% einen positiven Rechnungsabschluss erreichen, welcher uns erlauben wird, die Investitionen zu tätigen, die Investitionen zu finanzieren und Schulden abzubauen, sofern die vertraglichen Schuldverpflichtungen dies ermöglichen. In einer Zeit, welche wirtschaftlich schwieriger wird, muss alles unternommen werden, um den Bürger und Steuerzahler zu entlasten. Dazu gehören zwingend auch Steuersenkungen. Auch das Gewerbe soll von dieser Massnahme profitieren. Man soll dem Steuerzahler nicht mehr Geld abnehmen, wie nötig ist. Durch eine hohe Bautätigkeit in Dübendorf werden in nächster Zeit mehr Steuerzahler nach Dübendorf locken. Wir wollen, dass es neue Mitbürger sind, welche die Pro-Kopf-Steuerkraft unserer Stadt stärken. Ein Thema muss in diesem Zusammenhang noch angesprochen werden. Wie Sie alle wissen, plant die Oberstufenschulgemeinde Dübendorf-Schwerzen-



bach ihren Steuerfuss um zwei Prozent zu erhöhen. Dies würde bedeuten, sollten die Steuern der Gemeinde nur um vier Prozent gesenkt werden, dass die Entlastung für den Dübendorfer Steuerzahler nur zwei magere Prozente ausmachen würde. Dies kann die SVP unter keinen Umständen akzeptieren. Sollte der Gemeinderat den Gemeindesteuersatz nur um vier Prozent senken, würde die SVP alles unternehmen, damit diese Steuererhöhung der Oberstufenschulpflege abgelehnt wird. Um weiteren Schaden im Standortwettbewerb für unsere Gemeinde abzuwenden, haben wir keine andere Möglichkeit, als Steuererhöhungen der Oberstufenschulpflege zu verhindern. So sollten auch diejenigen, welche eine Erhöhung des Steuerfusses der Oberstufenschulpflege, in welcher Grössenordnung auch immer, befürworten, unserem Antrag auf eine Reduktion um sieben Prozent zustimmen. Damit wir unsere bestehenden und zukünftigen Einwohnern und Steuerzahlern spürbar entlasten können, bitte ich Sie, dem Antrag auf eine Reduktion des Steuerfusses auf 87% zuzustimmen.“

Hans Baumann (SP / JUSO) äussert sich namens seiner Fraktion zum Steuerfuss:

Vorbemerkung: Das Abstimmungsverfahren innerhalb der GRPK sei in diesem Fall irregulär gewesen. Der Minderheitsantrag hätte ganz anders lauten können. Da der Abschied aber bereits publiziert war, verzichtete die GRPK auf eine Wiederholung der Abstimmung.

„Ein guter Service Public und starke, staatliche Institutionen sind nötiger denn je!“ Neoliberale und rechtsnationale Kräfte haben in den letzten zwei Jahrzehnten versucht, den Staat zu schwächen und ihre vor rund 20 Jahren verkündete Parole „Mehr Freiheit – weniger Staat“ in der politischen Realität umzusetzen. Mit dem Ziel, die sogenannte Staatsquote zu senken, wurden die Steuern vor allem für Unternehmen und Reiche gesenkt und die öffentlichen Haushalte mussten Sparrunde um Sparrunde drehen. Jetzt, nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte, hat zwar eine Trendwende eingesetzt: Auch jene Kreise, die ihr Heil nur noch in Privatisierungen sahen und staatliche Institutionen jahrzehntelang als grundsätzlich ineffizient bezeichneten, entsinnen sich den Segnungen des Staates. Jetzt ist Papa Staat auch wieder gut genug, um Grossbanken zu sanieren oder staatliche Konjunkturprogramme zu finanzieren, welche die Versäumnisse und Fehler von Unternehmern und Managern ausbügeln sollen. Unter den Steuersenkungen und Sparrunden der letzten Jahre hat der Service Public gelitten: Öffentliche Dienstleistungen wurden teurer und gleichzeitig abgebaut. So sind zum Beispiel die Pflögetarife im ASZ in den letzten Jahren massiv erhöht worden. Viele Gemeinden, so auch Dübendorf, haben mit einer teilweise verlotterten Infrastruktur zu kämpfen. Neue Investitionen, wie zum Beispiel die Erneuerung des Bahnhofs Stettbach, werden in Frage gestellt oder aufgeschoben. Neue, nötige Vorhaben wie der Ausbau der Tagesbetreuung an den Schulen und für Kleinkinder werden hinausgezögert und der nötige Budgetposten wird bereits wieder gekürzt, noch ehe der Gemeinderat überhaupt über die Vorlage diskutieren konnte. Um den Budgetausgleich beziehungsweise die Steuersenkungen nicht zu gefährden, sollen sogar die Elterntarife in Krippen und Horten massiv erhöht werden. Beim Mittagstisch ergäbe dies für viele Eltern das Doppelte und mehr bei den Tarifen! Auch auf Kosten des Personals soll weiter gespart werden. Nach vielen Jahren ohne reale Verbesserung, ja sogar ohne Teuerungsausgleich, wurde den städtischen Angestellten zwar ein Teuerungsausgleich und zusätzlich ein Prozent für reale Verbesserungen in Aussicht gestellt. Das wäre eine einigermaßen befriedigende Lohnrunde für das Personal geworden. Aber bereits drohen wieder neue Verschlechterungen: Die neue Anstellungs- und Besoldungsverordnung, die jetzt gerade in der Vernehmlassung ist, sieht weitere Verschlechterungen für das Personal vor. Zum Beispiel soll die Nichtbetriebsunfallversicherung zukünftig von den Angestellten selbst getragen werden. Je nach Personalkategorie macht dies allein 0.5 – 1.0 Lohnprozent aus. Damit würde den Angestellten bereits wieder ein beträchtlicher Teil der Lohnanpassung 2009 weggenommen. Wir wollen keine Steuersenkungsrunde auf Kosten des Service Public, auf Kosten nötiger Infrastrukturvorhaben und auf Kosten des Personals! 2. Die Rezession wird weniger Einnahmen und mehr Ausgaben verursachen: Jetzt braucht es eine konjunkturgerechte Finanzplanung! Die Weltwirtschaft ist auf dem Weg in eine tiefe Rezession. Wahrscheinlich stehen wir auch in der Schweiz vor einer der



grössten Krisen der Nachkriegsjahre. Seit die Finanzabteilung der Stadt im September den Voranschlag 2009 und den Finanzplan 2008 – 2012 verfasst hat, haben die Wirtschaftsinstitute ihre Prognosen monatlich nach unten korrigiert. Unser Haupthandelspartner Deutschland hat bereits das zweite Quartal hintereinander mit einem Minuswachstum des BIP konfrontiert. Jetzt ist es klar, dass die Finanzkrise massiv auf die Realwirtschaft, und hier in der Schweiz in einer ersten Phase vor allem auf die Exportwirtschaft, umschlagen wird. Die Prognosen der Wirtschaftsinstitute für nächstes Jahr schwanken zwischen – 0.6 (Créa) und 1.0 Prozent (Seco) BIP-Zuwachs. Es muss also für 2009 mit einem Nullwachstum gerechnet werden mit all den Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, der bekanntlich in der Schweiz sehr schnell auf Wachstumsschwankungen reagiert. Die NZZ befürchtet dann auch den „tiefsten Einbruch der Schweizer Wirtschaft der letzten 15 Jahre“, der Nationalbankpräsident Roth sogar die „schwierigste Situation seit Jahrzehnten“. Der Finanzvorstand schreibt hingegen in seinem Bericht zum Voranschlag 2009: „Der Stadtrat hofft, dass die jüngste Finanzkrise keinen allzu grossen Einfluss auf die Konjunkturaussichten – insbesondere auf den Arbeitsmarkt und das Steueraufkommen - hat. Nur dann ist gewährleistet, dass die Stadt Dübendorf längerfristig den Steuerfuss von 90 Prozent beibehalten kann.“ Schon heute ist klar, dass dies ein frommer Wunsch war. Die Rezession ist bereits da und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich der Rückgang des BIP auf den Arbeitsmarkt und die Einkommen auswirken wird. Es mag zwar verständlich sein, wenn der Stadtrat im September noch keine tiefe Krise erwartet hat. Es ist aber verantwortungslos, dass der Stadtrat nicht rechtzeitig noch einmal über die Bücher ist, und dem Gemeinderat trotz der Veränderung der wirtschaftlichen Lage eine vierprozentige Steuerfussenkung vorschlägt. Die Rezession wird sich allerdings 2009 noch kaum auf die Steuereinnahmen auswirken, sondern es kann mit den Überschüssen gemäss Voranschlag gerechnet werden. Aber selbst mit diesen Überschüssen beträgt der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen 2009 nur 67 Prozent. Bei einem Steuerfuss von 94 Prozent würde sich der Selbstfinanzierungsgrad wenigstens auf rund 80 Prozent erhöhen. Es bleibt ein Rätsel, wie das im Finanzplan erklärte Ziel eines Selbstfinanzierungsgrades von 100 Prozent erreicht werden soll. Jedenfalls sicher nicht mit einer Steuersenkung! Ab 2010 wird sich dann die Rezession viel stärker auf das Steueraufkommen auswirken. Der Stadtrat hat dies im Finanzplan mit zwei pessimistischen Varianten (Variante „spar“ und Variante „tief“) dargestellt. Nach diesen Varianten werden die Steuereinnahmen im Jahr 2010 um 2 Prozent zurückgehen, 2011 aber bereits wieder zunehmen. Wir beurteilen auch diese Varianten als eher zu optimistisch, vor allem weil wir nicht sehen, warum 2011 die Steuereinnahmen bereits wieder zunehmen sollten. Vielmehr werden sich die Arbeitslosigkeit und die Stagnation der Einkommen wahrscheinlich erst dann richtig auf die Steuereinnahmen auswirken. Durch die zunehmende Arbeitslosigkeit werden auch die Sozialausgaben wieder steigen, wie das der Stadtrat in seiner Variante „tief“ aufgezeigt hat. Die Stadt kann dann nur reagieren, indem bei den Ausgaben und beim Personal zusätzlich gespart wird und Investitionen aufgeschoben werden oder indem 2010 der Steuerfuss wieder auf 94 Prozent erhöht wird. Letzteres ist die Lösung, welche der Stadtrat in der Variante „tief“ vorschlägt, das erste Szenarium entspricht der Variante „spar“. Beides ist für uns nicht akzeptabel. Wir stehen heute an der Schwelle einer tiefen Rezession. Noch weiss niemand, wie lang sie dauert. Aber Bund und Kantone sind daran, antizyklische Konjunkturpakete zu schnüren, um die Krise abzumildern. Anstatt dass die Stadt Dübendorf dem folgt, macht sie gemäss Vorschlag des Stadtrates genau das umgekehrte und verhält sich „prozyklisch“. Anstatt 2009 und 2010 mit dem gleichen Steuerfuss zu fahren, mit den willkommenen Überschüssen konjunkturgerecht die vorgesehenen Investitionen zu tätigen oder sogar noch weitere Investitionen vorzuziehen, soll der Steuerfuss gesenkt werden. Alle, welche die Augen offen haben, wissen, dass dies bedenkliche Konsequenzen für den städtischen Haushalt hat: Ausgerechnet in der Krise werden wir ab 2010 gezwungen sein, schmerzliche Sparrunden durchzuführen und Investitionen weiter aufzuschieben. Aus den dargelegten Gründen appelliert die SP / JUSO-Fraktion an alle Gemeinderäte, jetzt noch rechtzeitig die Zeichen der Zeit zu erkennen und auf eine Senkung des Steuerfusses zu verzichten.“



Andrea Kennel (SP) verlangt das Wort:

Sie sei Inhaberin eines Dübendorfer KMUs. Was bringe ihrem KMU eine Steuerfussenkung? Im Jahr 2009 müsse sie massiv mehr arbeiten, um auf eine schwarze Null zu kommen. Eine Steuerfussenkung bringe demzufolge gar nichts. Die Stadt und der Staat sollten nun endlich die SpARBremse lösen und die Investitionen tätigen, welche sowieso einmal getätigt werden müssten. Die Bahnhofbrücke zum Beispiel werde laut Finanzplan frühestens ab 2013 saniert. Die Stadt solle aber jetzt investieren, denn der Zeitpunkt sei günstig dafür. Ihrer Ansicht erhöhe ein tieferer Steuerfuss den Standortvorteil nur unwesentlich. Dass nicht mehr Personen nach Dübendorf ziehen würden, habe nicht mit dem Steuerfuss, sondern mit der zweit tiefsten Leerwohnungsquote im Kanton zu tun. In Dübendorf gebe es zu wenige leere Wohnungen, was zeige, dass Dübendorf mit dem aktuellen Steuerfuss bereits sehr attraktiv sei.

Thomas Maier (GEU) verlangt das Wort:

Kurz präzisiert beziehungsweise korrigiert Thomas Maier von Vorrednern gemachte Aussagen:

- Der Regierungsrat beantragt für sein Personal eine Lohnerhöhung von 3,1 Prozent (nicht 3,5 Prozent, wie geäussert). Die Finanzkommission wird voraussichtlich einen Antrag auf 2,7 Prozent stellen.
- Antizyklisches Verhalten funktioniere nicht. Bis die entsprechenden Massnahmen greifen würden, sei die Krise längst wieder vorüber, glaubt Maier.

Die GEU plädiert für ein „gesundes Mass der Mitte“ und unterstützt demzufolge den Antrag von Gaby Gossweiler (FDP).

Stadtpräsident Lothar Ziörjen stellt klar, dass es sich bei vorliegenden Budget nicht um eines des Finanzvorstandes Martin Bäumle, sondern um jenes des *Gesamtstadtrates* handle.

Martin Bäumle nimmt zu den Voten und Anträgen der verschiedenen Fraktionen nochmals Stellung:

- Die Äusserungen von Patrick Walder (SVP) wolle er lieber nicht kommentieren, was aber nicht heisse, dass diese richtig seien.
- Er habe Verständnis für die Bedenken gegenüber einer Senkung des Steuerfusses angesichts der Finanzkrise und deren möglichen Folgen. Der Stadtrat habe sich die Senkung aber gut überlegt und würde auch zum jetzigen Zeitpunkt – auch nach der Verschärfung der Finanzkrise – nicht anders entscheiden. Ausserdem sei festzuhalten, dass der Stadtrat seine Hausaufgaben vor allem auf der Aufwandseite zum grossen Teil erledigt habe.
- An die SP: Der Steuerfuss sei zwar nicht der einzig wichtige, aber trotzdem ein wichtiger Standortfaktor. Dies insbesondere für Unternehmen und es gebe durchaus solche, welche Steuern bezahlen.
- Auch mit der Steuersenkung von 4% könne die Verschuldung in der Finanzplanperiode im erträglichen Rahmen gehalten werden.
- Die beantragte Senkung der SVP in der Höhe von 7% würde zwar Dübendorf steuerlich noch etwas attraktiver machen, sei aber leider nicht nachhaltig und müsste durch konkrete Aufwandreduktionen in der Laufenden Rechnung und/oder durch Verzicht bei Investitionen kompensiert werden, da habe er jedoch von der SVP keine Vorschläge gehört.
- Bei einer Beibehaltung, wie sie die CVP und SP vorschlagen, befürchte er ein Anstieg des Aufwandes – der „Wunschskatalog“ dazu wurde in der Debatte gerade wieder aufgezeigt.



- Für Bäumle kommt es nicht in Frage, dass die Stadt eine mögliche Erhöhung des Steuerfusses der Oberstufe zusätzlich zu den 4% kompensieren soll. Faktum ist, dass für die von Orlando Wyss erwähnten Verluste im Steuerranking die Oberstufe verantwortlich sei, die ihren Steuerfuss in den vergangenen Jahren, im Gegensatz zur Stadt, immer wieder erhöht habe.
- Mit dem Antrag Gaby Gossweiler (FDP) -3% könnte der Stadtrat noch am ehesten leben. Der Finanzvorstand bittet aber darum, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und den Steuerfuss um 4% zu senken.

Keine weiteren Bemerkungen.

Die Ratspräsidentin erklärt das Prozedere (gemäss Artikel 43, Ziffer 3 der GO des Gemeinderates):

- *Alle drei Anträge werden einander gegenübergestellt. Jedes Ratsmitglied hat nur eine Stimme. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen fällt raus.*
- *Die beiden obsiegenden Anträge werden einander gegenübergestellt. Derjenige mit weniger Stimmen fällt raus.*
- *Der obsiegende Antrag wird nun dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt.*

Abstimmung 1:

Antrag GRPK-Minderheit / SVP, 87%	:	16 Stimmen
Antrag Gaby Gossweiler (FDP) / GEU, 91%	:	11 Stimmen
Antrag SP-Fraktion / CVP, 94% (unverändert)	:	10 Stimmen

Der Antrag der SP-Fraktion / CVP ist somit ausgeschieden.

Abstimmung 2:

Antrag GRPK-Minderheit / SVP; 87%	:	17 Stimmen
Antrag Gaby Gossweiler (FDP) / GEU, 91%	:	20 Stimmen

Der Antrag der GRPK-Minderheit / SVP, 87% ist somit ausgeschieden.

Abstimmung 3:

Antrag Gaby Gossweiler (FDP) / GEU, 91%	:	18 Stimmen
Antrag Stadtrat (94%)	:	20 Stimmen

Der Antrag Gaby Gossweiler (FDP) / GEU ist ausgeschieden. Der Steuerfuss für das Jahr 2009 beträgt demnach: *90 Prozent*.

Schlussabstimmung:

Dem bereinigten Voranschlag 2009 wird mit 28 Ja zu 10 Nein zugestimmt.

Beschluss:



1. Der Voranschlag des Politischen Gemeindegutes für das Jahr 2009 wird mit den vorstehenden Änderungen genehmigt.
2. Für die Politische Gemeinde wird eine Steuer von 90 Prozent erhoben, berechnet auf der Grundlage eines mutmasslichen Nettosteuerertrages zu 100 % von 52'000'000 Franken.
3. Den budgetierten Investitionen im Verwaltungs- und Finanzvermögen wird mit den vorstehenden Änderungen zugestimmt.
4. Der Stadtrat wird ermächtigt, zur Realisierung von Projekten, für die entsprechende Beschlüsse vorliegen die notwendigen Darlehen aufzunehmen.

(Detaillierter Beschluss siehe Protokollanhang)

2 Ordnungsanträge:

Hans-Felix Trachsler (SVP) beantragt, angesichts fortgeschrittener Zeit, den Abbruch der Sitzung an dieser Stelle.

Andrea Kennel (SP) äussert sich dagegen, da sie der Ansicht ist, dass auch Bürgerrechtsbewerber das Recht hätten, dass ihre Gesuche in nützlicher Frist behandelt würden.

Abstimmung:

Für Antrag Hans-Felix Trachsler:	:	12 Stimmen
Gegen Antrag Hans-Felix Trachsler:	:	24 Stimmen

Die Sitzung wird somit weitergeführt.

Orlando Wyss (SVP) stellt einen Antrag auf Verzicht der Doppelsitzung-Entschädigung. Es soll lediglich das einfache Sitzungsgeld gutgeschrieben werden.

Abstimmung:

Für Antrag Orlando Wyss:	:	10 Stimmen
Gegen Antrag Orlando Wyss:	:	24 Stimmen

Den anwesenden Ratsmitgliedern wird das doppelte Sitzungsgeld gutgeschrieben.

7. 9 Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sie gibt zu den einzelnen Gesuchen ihre Empfehlungen ab.



Der Gemeinderat fasst,

gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden

Beschlüsse:

Geschäft Nr. 146 / 2008

Taurian Pietro sowie seine Ehefrau Gina Ernesta geborene Vador, italienische Staatsangehörige, wohnhaft Lerchenweg 5, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Zustimmung 5 zu 0
Referent BRK:	Peter Schuppisser
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	29 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	1 Stimme

Geschäft Nr. 156 / 2008

Bednar Marcela geborene Zajoncova, tschechische Staatsangehörige, wohnhaft Riedweg 4, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1450.—
Antrag BRK:	Zustimmung 5 zu 0
Referentin BRK:	Karin Hofer
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	26 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	2 Stimmen

Geschäft Nr. 162 / 2008

Petkovic Stanislav, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, wohnhaft Leepüntstrasse 20, Dübendorf.

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Zustimmung 5 zu 0



Referentin BRK: Barbara Schori

Diskussion: keine

Für Antrag Stadtrat / BRK: 24 Stimmen

Gegen Antrag Stadtrat / BRK: 2 Stimmen

Geschäft Nr. 167 / 2008

Bajraktari Brahim sowie das Kind Jakaj Adhurim, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Oskar-Bider-Strasse 35, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.—

Antrag BRK: Zustimmung 4 zu 1

Referentin BRK: Valeria Rampone

Begründung BRK-Minderheit: Die Minderheit stört sich, dass Herr B. einen Fürsorgebezug im unteren fünfstelligen Bereich bezogen hat. Herr B. hat aber formell die Voraussetzung der dreijährigen Frist nach altem System erfüllt.

Diskussion: keine

Für Antrag Stadtrat / BRK: 17 Stimmen

Gegen Antrag Stadtrat / BRK: 13 Stimmen

Geschäft Nr. 163 / 2008

Vural Ayla geborene Akar, türkische Staatsangehörige, wohnhaft Obere Zelglistrasse 9, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr: Fr. 1'450.—

Antrag BRK: Zustimmung 5 zu 0

Referentin BRK: Barbara Schori

Diskussion: Barbara Schori bemerkt, dass die Gesuchstellerin neu an der Oberen Zelglistrasse 9 wohnt.

Für Antrag Stadtrat / BRK: 25 Stimmen

Gegen Antrag Stadtrat / BRK: 2 Stimmen

Geschäft Nr. 169 / 2008

Zulali Argetim sowie die Kinder Lindion, Diona und Demiran, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Überlandstrasse 45, Dübendorf



Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Zustimmung 5 zu 0
Referentin BRK:	Karin Hofer
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	5 Stimmen

Geschäft Nr. 170 / 2008

Joksimovic Snezana geborene Marinkovic sowie die Kinder Luka, Jelena, David und Rade Save, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Am Stadtrand 31, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Zustimmung mit 4 zu 0
Referent BRK:	Peter Schuppisser
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	4 Stimmen

Geschäft Nr. 171 / 2008

Khoushgo Malayari Abdolreza, iranischer Staatsangehöriger, wohnhaft Eglishölzliweg 3, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Zustimmung mit 4 zu 0
Referentin BRK:	Karin Hofer
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	27 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	1 Stimme

Geschäft Nr. 172 / 2008

Yerligül Hamit sowie das Kind Türker Hamit, türkische Staatsangehörige, wohnhaft Rotbuchstrasse 40, Dübendorf



Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK.	Zustimmung mit 4 zu 0
Referentin BRK:	Valeria Rampone
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	4 Stimmen

Einwände

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Verabschiedungen aus dem Rat

Die Ratspräsidentin Andrea Kuhn schliesst den offiziellen Teil der Sitzung und leitet nun zum inoffiziellen Teil über.

Rücktritt Jürg Zimmermann (FDP) per 31. Dezember 2008

Jürg Zimmermann sass seit 1996 im Gemeinderat und war in der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte – von 1998 bis 2002 als deren Präsident - sowie im Büro des Gemeinderates als Stimmenzähler tätig. Altershalber tritt er nun zurück. Die Ratspräsidentin Andrea Kuhn bedankt sich beim scheidenden Mitglied mit „1-Meter-Bier“.

Rücktritt Kurt Berliat (CVP) per 31. Dezember 2008

Kurt Berliat sass seit 1994 im Gemeinderat. 1998 war er Gemeinderatspräsident und von 2002 bis 2006 Sekretär der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte. Auch er tritt altershalber aus dem Gemeinderat zurück. Für sein langjähriges Mitwirken im Gemeinderat bedankt sich die Ratspräsidentin mit „1-Meter-Bier“.

Rücktritt Ratssekretär Toni Spitale

Nach zweieinhalb Jahren verlässt Toni Spitale die Stadtverwaltung Dübendorf und wird in absehbarer Zukunft in die Aviatik-Industrie zurückkehren. Die Ratspräsidentin bedankt sich für seinen Einsatz mit einer Tächli-Kappe „I love Dübi“ und einem roten T-Shirt mit gelbem Einhorn-Aufdruck.

**** Zum Abschluss wünscht die Ratspräsidentin Andrea Kuhn-Senn allen Anwesenden und ihren Angehörigen schöne Festtage und lädt zum traditionellen Weihnachtsapéro im Foyer ein ****



Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär:

T. Spitale

Eingesehen und für richtig befunden

Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin:

Patric Crivelli, Stimmzähler

Jürg Zimmermann, Stimmzähler

Stefanie Huber, Stimmzählerin